

24.11.06

Beschluss

des Bundesrates

Benennung von Vertretern in Beratungsgremien der Europäischen Union (Umweltschutz auf Kommissions- wie auf Ratsebene - Themenbereich "Prioritäre Stoffe")

Der Bundesrat hat in seiner 828. Sitzung am 24. November 2006 wie folgt beschlossen:

Der Bundesrat benennt gemäß § 6 Abs. 1 EUZBLG i. V. m. Abschnitt IV der Bundesländer-Vereinbarung für den Bereich Umweltschutz auf Kommissions- wie auf Ratsebene - Themenbereich "Prioritäre Stoffe"

eine Vertreterin des Landes Nordrhein-Westfalen,

Staatliches Umweltamt Herten (ab 1. Januar 2007 Bezirksregierung Münster)

(TA'e Dr. Vietoris).